

## **Video-Podcast der Bundeskanzlerin #29/07**

---

Am vergangenen Dienstag haben wir des Jahrestages gedacht, an dem am 11. September 2001 die schrecklichen Anschläge auf das World Trade Center in New York und auf Washington verübt wurden.

Seitdem wissen wir, dass der Terrorismus eine aktuelle Bedrohung unserer Zeit für die westlichen Zivilisationen ist. Auch wir sind davon nicht ausgenommen, und es war eine große Leistung unserer Sicherheitsbehörden vor wenigen Tagen, dass Bombenattentate auch in Deutschland verhindert werden konnten.

Was müssen wir tun, um dem Terrorismus entgegenzutreten? Wir müssen wissen, dass es keine Staaten auf der Welt geben darf, die keine ausreichenden Strukturen haben, um terroristische Tätigkeiten zu verhindern.

Deshalb ist es so notwendig, dass wir Afghanistan auf seinem Weg zu starken staatlichen Strukturen helfen. Dazu hat die Bundesregierung auf der einen Seite durch die Petersberger Beschlüsse dafür Sorge getragen, dass freie Wahlen in Afghanistan stattfinden konnten.

Die Wiederaufbauarbeit der internationalen Gemeinschaft hat dazu geführt, dass heute 80 Prozent der afghanischen Bevölkerung wieder eine medizinische Grundversorgung bekommen. Fünf Mal so viele Schüler wie vor sechs Jahren gehen heute in die Schule, darunter viele Mädchen. Wir können sagen: Das Einkommen der afghanischen Bevölkerung hat sich verdoppelt, und die Infrastruktur hat sich verbessert. Das sind die guten Beispiele des zivilen Wiederaufbaus.

Diese Entwicklung muss aber flankiert werden durch den Aufbau eines Rechtsstaats und eine entsprechende Polizei und Armee. Da müssen wir noch viel tun, denn wir wissen: Keine Entwicklung ohne Sicherheit im Land und keine Sicherheit ohne Entwicklung.

Deshalb ist die Bundesregierung das führende Land beim Aufbau der Polizei in Afghanistan. Gleichzeitig müssen wir unser militärisches Engagement in Afghanistan noch verlängern. Es gibt keine Alternative dazu, denn wir dürfen den Terroristen Afghanistan nicht wieder überlassen.

Dabei geht es nicht nur um das Wohl der afghanischen Bevölkerung – das natürlich auch –, sondern es geht auch ganz wesentlich um die Sicherheit in unserem eigenen Land.

Seit dem 11. September 2001 wissen wir: Die Sicherheit in unseren offenen, demokratischen Ländern müssen wir auch in anderen Ländern verteidigen, wo staatliche Strukturen nicht ausreichen, dies aus eigener Kraft zu schaffen.

Deshalb ist das Engagement in Afghanistan so notwendig – für diejenigen, die in Afghanistan leben, aber genauso für die Sicherheit und Freiheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland.